3.IGB-WELTKONGRESS BERLIN, 18. – 23. MAI 2014

NACHHALTIGE ARBEITSPLÄTZE, EINKOMMENSSICHERHEIT UND SOZIALSCHUTZ

Aktionsrahmen

INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSBUND

Nachhaltige Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und Sozialschutz

Die globale Wirtschaft ist heute nicht stabiler als vor sieben Jahren. Das neoliberale Kapitalismusmodell ist nicht imstande, für nachhaltige Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und Sozialschutz zu sorgen.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind die Regierungen und die internationalen Organisationen den Erwartungen und Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gerecht geworden. Die Arbeitslosigkeit in Rekordhöhe, prekäre und informelle Beschäftigungsverhältnisse und die weltweiten Lohneinbrüche haben zu einem Teufelskreis aus wirtschaftlichen und sozialen Gefahren geführt.

Im formellen Sektor sind nach wie vor rund 200 Millionen Menschen arbeitslos, vor allem junge Menschen. Vierzig Prozent der Welterwerbsbevölkerung sind gezwungen, im informellen Sektor verzweifelt ums Überleben zu kämpfen, und deshalb muss es prioritär um Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und noch mal Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeit für alle gehen.

Die Ungleichheit nimmt in nahezu allen Ländern zu, und der Anteil der Löhne am Volkseinkommen gehört mit zu den niedrigsten, die es je gegeben hat. Siebzig Prozent der Menschen geben an, dass ihre Löhne nicht mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten können oder stagnieren. (Weltweite Umfrage des IGB)

Denjenigen, die kein Geld haben, wird der Zugang zum öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen und zu öffentlichen Dienstleistungen generell zunehmend verweigert. Steuerhinterziehung ist allgemein verbreitet, und es sind neue Formen bilateraler und regionaler Handelsabkommen entstanden, die auf die Macht der Unternehmen zugeschnitten sind und demokratische Rechte gefährden.

Die Millenniums-Entwicklungsziele der UN werden nicht erreicht werden, und dennoch streiten sich die Staaten weiter über die globalen Nachhaltigkeitsziele für die Zeit nach 2015. Die Gewerkschaften kämpfen erneut für Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit sowie für einen sozialen Basisschutz für alle.

Trotz der zunehmenden Zerstörung infolge von Klimakatastrophen und aktueller Emissionsprognosen, die einen weltweiten Temperaturanstieg um durchschnittlich vier Grad Celsius bis zur Jahrhundertwende bewirken würden, fehlt es am politischen Mut, etwas für den Klimaschutz zu tun.

Nachhaltige Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und Sozialschutz bilden das Fundament einer gerechten Wirtschaft.

Der IGB und der TUAC treten für alternative Wirtschaftsmodelle ein, für Lösungen, von denen wir wissen, dass sie wirksam sind. Tarifverhandlungen, existenzsichernde Mindestlöhne, Sozialschutz und Steuergerechtigkeit sind die besten Verteilungsinstrumente, um etwas gegen die Ungleichheit zu tun.

Die beste Möglichkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, sind Investitionen in die Infrastruktur, die Pflegewirtschaft und zugunsten eines industriellen Wandels mit emissionsarmen Betrieben.

Die weitweite Umfrage des IGB belegt:

- 51 Prozent der Menschen sind in den letzten beiden Jahren direkt oder über ihre Familie von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen gewesen
- 59 Prozent der Menschen haben kein Geld übrig, um zu sparen
- 71 Prozent der Menschen geben an, dass ihr Einkommen nicht mit der Erhöhung der Lebenshaltungskosten Schritt gehalten hat bzw. nicht erhöht wurde
- Die meisten Menschen glauben, dass ihre Volkswirtschaften die Reichen begünstigen

Eine überwältigende Mehrheit befürwortet einen sozialen Basisschutz.

95 Prozent erwarten von ihrer Regierung einen erschwinglichen Zugang zur Gesundheitsversorgung und Bildung, 85 Prozent befürworten eine menschenwürdige Altersversorgung, 87% sind für Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit und 89 Prozent für bezahlten Mutterschaftsurlaub.

Fakten : Das globale Wachstum wird mit knapp über 3 Prozent veranschlagt, wobei der IWF seine Prognose seit 2011 bereits sechs Mal nach unten korrigiert hat.

Offiziellen Zahlen zufolge sind rund 200 Millionen Menschen arbeitslos, wobei die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern bis zu 60 Prozent beträgt.

Der Anteil des informellen Sektors an der Weltwirtschaft beträgt 40 Prozent und wird immer größer.

Mehr als 50 Prozent der Beschäftigten im formellen Sektor gehen dennoch einer ungeschützten oder atypischen Beschäftigung nach.

Die Ungleichheit der Markteinkommen hat stärker und schneller zugenommen denn je. In der OECD war die Zunahme zwischen 2008 und 2010 so groß wie in den zwölf Jahren vor der Krise.

Zwischen 1990 und 2009 ist der Lohnanteil in 26 von 30 Industrieländern zurückgegangen, im Durchschnitt um 4,4 Prozentpunkte.

Der Großteil der Armen weltweit lebt heute in Ländern mit mittlerem Einkommen.

1,2 Milliarden Menschen leben in extremer Armut und müssen mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen.

75 Prozent der Menschen verfügen über keinen angemessenen Sozialschutz.

Frauen stellen 50 Prozent der Bevölkerung, aber nur 30 Prozent der Erwerbsbevölkerung.

Wenn die Erwerbsbeteiligung der Frauen zahlenmäßig der der Männer entsprechen würde, hätte dies eine dramatische Zunahme des Arbeitnehmeranteils am BIP zur Folge: 5 Prozent in den USA, 9 Prozent in Japan und 34 Prozent in Ägypten.

Von den 865 Millionen Frauen weltweit, die potenziell mehr zu ihren Volkswirtschaften beitragen könnten, leben 812 Millionen in Schwellen- und Industrieländern.

168 Millionen Kinderarbeiter/innen gehen nicht zur Schule.

Es werden bereits jetzt Arbeitsplätze durch den Klimawandel zerstört. Er trägt jedes Jahr zum Tod von nahezu 400.000 Menschen bei, kostet die Welt mehr als 1,2 Billionen Dollar und verringert das globale BIP um 1,6 Prozent. Ohne umgehende Interventionen werden die Kosten des Klimawandels und der Luftverschmutzung bis 2030 auf 3,2 Prozent des globalen BIP ansteigen und in den Entwicklungsländern sogar auf bis zu 11 Prozent.

Eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu einer adäquaten Trinkwasserversorgung, und 2,6 Milliarden fehlt es an angemessenen sanitären Einrichtungen.

In 37 Ländern hat sich die Sterblichkeitsrate in den letzten drei Jahrzehnten erhöht

Vorrangige Themen

Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze

Der IGB befürwortet die Bereitstellung von 2 Prozent des globalen BIP für Investitionen in die Infrastruktur, mehr Ausbildungsplätze und Interventionen zur Formalisierung der Arbeit im informellen Sektor.

Der EGB hat einen 'Sanierungsplan' für Europa gefordert.

Der IGB und der EGB unterstützen eine Jugendgarantie für Ausbildung und Beschäftigung.

Es muss eine Wirtschaftsagenda für Frauen im Rahmen eines Beschäftigungs- und Wachstumsplans geben. Ein Plan, der die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöht, untermauert durch Kinderbetreuung und die Versorgung älterer Menschen, und familienfreundliche Arbeitsplätze schafft, ist unerlässlich für ein neues wirtschaftliches Denken.

Es gibt Millionen Arbeitsplätze in der grünen Wirtschaft und Millionen mehr im Pflegesektor.

Fred van Leeuwen – Generalsekretär der Bildungsinternationale: **"Insgesamt müssten bis 2015 6,8 Millionen Lehrkräfte eingestellt werden, damit alle Kinder im Grundschulalter das Recht auf Bildung wahrnehmen können."**

Rosa Pavanelli – IÖD-Generalsekretärin: **"Die Kräfte, die gegen die einfachen Menschen zu Werke gehen, sind rücksichtslos und mächtig. Sie werden angetrieben von Eigeninteressen und unersättlicher Habgier. Frauen, junge Menschen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien zahlen angesichts der rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit und der Einschnitte bei unerlässlichen öffentlichen Dienstleistungen den Preis dafür."**

Armut und Ungleichheit

Der IGB wird den Tarifprozess verteidigen, und seine Mitgliedsorganisationen und die GUFs bemühen sich gezielt dort um Unterstützung für einen existenzsichernden Mindestlohn und sozialen Basisschutz als grundsätzlichen Anspruch für alle Menschen, wo dieses Minimum bisher nicht gegeben ist.

Michael Sommer, DGB-Vorsitzender und IGB-Präsident: **„Wir brauchen den Mindestlohn. Den wollen inzwischen alle, aber einige wollen ihn wirklich."**

Die auf eine Normensetzung abzielende Aussprache bei der IAO im Jahr 2014 über die 'Formalisierung des informellen Sektors' ist wichtig, um Millionen Beschäftigten Gerechtigkeit zu verschaffen.

"Wir organisieren die Beschäftigten im informellen Sektor, weil wir überzeugt davon sind, dass wir mehr sein müssen als nur eine Gewerkschaft. Wir müssen eine große soziale Bewegung erwerbstätiger Menschen sein." Francisca Jiménez von der CASC (Dominikanische Republik). **Die CASC hat die Mutual de Servicios Solidarios – AMUSSOL – ins Leben gerufen, um 7000 Beschäftigten in der informellen Wirtschaft (Hausangestellten, selbstständigen Busfahrern, Hilfskräften und FrisörInnen,) die Möglichkeit zu geben, der Kranken- und Rentenversicherung beizutreten.**

Gewerkschaften, die sich um die Erhöhung der Altersbezüge und die Ausweitung der Rentensysteme auf alle Beschäftigten bemühen, müssen unterstützt werden.

Die 'Post-2015-Nachhaltigkeitsziele der UN' müssen 'Vollbeschäftigung', 'menschenwürdige Arbeit' und 'sozialen Basisschutz' beinhalten. Die Gewerkschaften befürworten zudem hochwertige Bildung für alle, die Gleichstellung der Geschlechter und Klimagerechtigkeit als Ziele.

Aktionspunkte

Eine nachhaltige Zukunft erfordert ein neues wirtschaftliches Denken. Im Mittelpunkt steht dabei unser Engagement für Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch:

Vollbeschäftigung

- Lobbyarbeit zugunsten innerstaatlicher Beschäftigungsziele, einschließlich der Erwerbsbeteiligung von Frauen und jungen Menschen
- Kampagnen für zielgerichtete Investitionen in die Infrastruktur, einen hochwertigen öffentliche Dienst, einschließlich eines Bildungs- und Gesundheitswesens, die grüne Wirtschaft, den Pflegesektor und hochwertige Ausbildungsplätze
- Solidarität mit Gewerkschaften, die für den Erhalt und die Ausweitung von Tarifverhandlungen kämpfen, um eine einkommensgestützte Konjunkturerholung zu fördern
- Unterstützung von Gewerkschaften, die Organisierungsarbeit für Mindestlöhne und sozialen Basisschutz verrichten
- Organisierungsarbeit zum Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse und zur Formalisierung informeller Tätigkeiten
- Eingehen breiter Bündnisse zum Schutz des Arbeitnehmerrechtes auf menschenwürdige, angemessene und sichere Altersbezüge, Ausweitung der Rentensysteme innerhalb der Bevölkerung und Förderung der Unterrichtung und Sensibilisierung der Beschäftigten hinsichtlich zukünftiger Rentenherausforderungen
- Bloßstellung der gescheiterten Maßnahmen des IWF und anderer internationaler Institutionen, wen sie Tarifverhandlungen ausschließen oder die Arbeitsplätze, die Löhne oder den Sozialschutz beeinträchtigen
- Unterstützung von GUF-Kampagnen für globale Rahmenabkommen
- Kampagnenarbeit für eine wirksame Umsetzung der OECD-Leitsätze und wirkliche Konsultations- und Mitspracherechte für die Beschäftigten multinationaler Unternehmen
- Publikmachung von Machtungleichgewichten in ausbeuterischen globalen Wertschöpfungsketten und Ergreifung von Maßnahmen, um Ungleichheiten auszugleichen
- Unterstützung einer auf Wirtschaftsfragen ausgerichteten Bildungsinitiative für unsere Mitglieder und Kampagne für wirtschaftliche Alternativen

Klimaschutz

- Mobilisierung auf nationaler Ebene für ein ehrgeiziges globales Abkommen im Jahr 2015
- Beharren auf und Beteiligung am sozialen Dialog, um für Investitionen in den industriellen Wandel, Zugang zu bahnbrechenden Technologien für alle und Maßnahmen für einen gerechten Übergang zu sorgen
- Organisierung der Beschäftigten an grünen Arbeitsplätzen, um menschenwürdige Arbeit zu gewährleisten

Post-2015-Nachhaltigkeitsziele der UN

- Gewährleistung, dass alle Regierungen die Aufnahme von ‘Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit’ sowie von ‘sozialem Basisschutz’ in die neuen UN-Ziele befürworten
- Unterstützung der Ziele in Bezug auf den Zugang zu hochwertiger Bildung für alle, die Gleichstellung der Geschlechter und Klimagerechtigkeit

Ein neues Handels- und Investitionsmodell

- Langfristige Investition des Arbeitnehmerkapitals in die Realwirtschaft und verstärkt in grüne Technologien, Infrastruktur und Dienstleistungen
- Vermögensverwalter zur Rechenschaft ziehen und sicherstellen, dass die Pensionsfonds der Arbeitnehmer den Menschen zugutekommen und nicht den Finanzvermittlern und Bankern
- Kampagne für Arbeitnehmerrechte und Umweltnormen als Vorbedingungen für Arbeitnehmerkapital-In-

vestitionen

- Kampagne für die Ablehnung von Mechanismen in Investitionsverträgen und Handelsabkommen zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS) und zur Zusammenarbeit ohne Rechenschaftspflicht bei der Regulierung
- Bessere Inkraftsetzung der Arbeitsnormen und Widerstand gegen neoliberale Handelsabkommen
- Bekundung praktischer Solidarität mit Ländern, die sich um politischen Spielraum für eine Industrialisierung bemühen
- Befürwortung einer Finanztransaktionssteuer, um die Volkswirtschaften wieder ins Gleichgewicht zu bringen und den Finanzsektor für die Krise aufkommen zu lassen
- Mobilisierung zur Eindämmung der Macht der Unternehmen und Förderung der Rechte und der Sicherheit in Lieferketten durch die Nutzung aller verfügbaren internationalen Instrumente.

Integrative Entwicklung

- Unterstützung der regionalen Entwicklungsnetzwerke für Lobbyarbeit und Partnerschaften
- Ausbau unserer Lobbyarbeit auf internationaler Ebene, vor allem innerhalb des UN-Systems, um für eine nachhaltige und integrative Entwicklung im Rahmen der Agenda 2015 und darüber hinaus zu sorgen
- Verbesserung der Gewerkschaftspartnerschaften auf der Grundlage unserer Prinzipien für entwicklungspolitische Wirksamkeit
- Ausweitung multilateraler Solidaritätsinitiativen und Unterstützung von Süd-Süd-Kooperationsinitiativen